

Öffentliche Bildung und die Herausforderungen des religiösen Pluralismus - Möglichkeiten des öffentlichen Bildungsmandats angesichts religiöser Radikalisierung und der Gefährdung von Freiheitsrechten

Mirijam Wiedemann, Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, Baden-Württemberg

[Einleitung und visueller Impuls]

Was haben diese jungen Menschen und ihre Schicksale gemeinsam?
Sie sind Schüler und wurden in Deutschland radikalisiert.

Heute möchte ich über dieses Thema sprechen.

Mein Name ist Mirijam Wiedemann, ich arbeite für das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg und mit diesen Bildern möchte ich zu meinem Vortragsthema überleiten: **Öffentliche Bildung und die Herausforderungen des religiösen Pluralismus - Chancen des öffentlichen Bildungsmandat angesichts religiöser Radikalisierung und Gefährdung von Freiheitsrechten.**

Die Präsentation ist wie folgt strukturiert:

- 1) Aktuelle demografische, soziale und religiöse Entwicklungen in Deutschland
- 2) Herausforderungen und religiös begründete Bedrohungen individueller Rechte
- 3) Der rechtliche Rahmen des öffentlichen Schulsystems
- 4) Möglichkeiten und Maßnahmen

Wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt sind auch im Bundesland Baden-Württemberg Prozesse des demografischen und sozialen Wandels erkennbar.

Laut dem Mikrozensus 2013 lebten 3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund im Land Baden-Württemberg, was 28% der Gesamtbevölkerung ausmacht. Bei den unter 20-Jährigen sind es sogar 40%. Dies führt unter anderem zu einem Anwachsen neuer religiöser und ideologischer Angebote und zu einer Vermischung verschiedenster Ideologien.

Dieser seit langem erkennbare religiöse Wandel kann nur annähernd mit Begriffen wie "Subjektivierung", "Biographisierung", "Ästhetisierung" und "Pluralisierung" gefasst werden. Es ist vor allem die Subjektivierung und in diesem Zusammenhang die Individualisierung, die dem fortschreitenden sozialen Wandel in der Gesellschaft zugrunde liegt. Aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der Erfahrung wachsender Freiheitsmomente, die sich auch in der Entwicklung verschiedenster "Familienorganisationen" widerspiegeln, schreitet die Trennung von ehemals traditionellen Gemeinschaften voran. Der Mangel an zuvor definierten und klar strukturierten sozialen Gefügen führt zur Auflösung traditioneller Lebensweisen, Konventionen und Handlungsorientierungen, die auch von einem Gefühl der Sicherheit und Unterstützung begleitet waren.

Neue Muster von Verflechtungen und Abhängigkeit sind aus größeren Systemen wie dem Arbeitsmarkt sowie Bildungs- und Beschäftigungssystemen hervorgegangen.

Das neue Gefühl der Freiheit und die damit verbundene Möglichkeit der Selbstgestaltung durch Selbsttechniken führen zu einer frei intentionierten Genese des Subjekts. Die sogenannte "Selbstsorge" (M. Foucault), oft oberflächlich von den Menschen als Egozentrismus bezeichnet, zielt auf einen wesentlichen Faktor, nämlich die externe Akzeptanz. "Wie der andere mich sieht, so bin ich", ganz im Sinne von Althusser's Anrufungsmodell. Es entstehen verstärkte Formen von Materialismus, Konsumismus und Oberflächlichkeit, die auch in unserem täglichen Fernsehprogramm zu beobachten sind. Beliebte Shows wie "Germany's next Topmodel" oder "Der Bachelor" sind nur einige Beispiele.

Mit der spürbar wachsenden Vielfalt unserer Gesellschaft in einer globalisierten Welt wächst die Akzeptanz des Pluralismus, insbesondere im Bereich der verschiedenen Weltinterpretationen. Diese zunehmenden Wahlmöglichkeiten des Lebens machen es jedoch zunehmend schwieriger, sich selbst zu gestalten und seine Identität zu formen. Dies zeigt sich vor allem am Beispiel des boomenden esoterischen Heilungsmarktes.

Ein anderes Phänomen, das auch die religiöse Landschaft beeinflusst, ist die sogenannte "Event Society". Der Drang nach Genuss sowie die bewusste zeitgenössische Erfahrung mit dem Ziel von Eudaimonie spiegelt sich in den Angeboten religiöser und ideologischer Akteure wider. Die Begriffe "spiritueller Heiler" und "Coach" sind nur einige Beispiele.

Gerade diese Entwicklungen werden zunehmend auch in heutigen fundamentalistischen Gruppen ausgemacht. In der Gesellschaft wächst das Bedürfnis nach greifbarer Unterstützung, verbindlichen Lebensregeln mit einer klar definierten Basis. Genau diese Bedürfnisse nutzen die Akteure extremistischer und radikalierter Angebote, indem sie angebliche Lösungen anbieten, und aufgrund der angedeuteten Macht der Gruppe erfahren ihre Mitglieder eine erhöhte Selbstwertsteigerung im Gegensatz zu einer scheinbar unübersichtlichen, unpersönlichen und wertfreien Welt.

Warum werden die so genannten konfliktträchtigen Gruppen, also diejenigen, die mögliche Bedrohungen für individuelle Freiheitsrechte darstellen, nicht einfach verboten?

Dieser Grundsatz spiegelt sich in den verfassungsrechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland wider:

Art. 4 I, II GG

(1) Die Glaubensfreiheit, das Gewissen und der religiöse und philosophische Glaube sind unantastbar.

(2) Die ungestörte Ausübung der Religion ist gewährleistet.

Der Imperativ der ideologisch-religiösen Neutralität des Staates bleibt erhalten und greift nur ein, wenn die Grundrechte gefährdet, eingeschränkt oder verletzt werden.

Dennoch wird der Staat seiner öffentlichen Unterstützung durch die Förderung von Beratungs- und Präventionsangebote gerecht, auf die später noch eingegangen wird. Aus dieser Rechtsgrundlage ergeben sich auch folgende Rahmenbedingungen für Schulakteure und Bildungsinhalte in der Landesverfassung von Baden-Württemberg und deren Schulgesetz.

Der Bildungsauftrag der Schule in Baden-Württemberg wird in § 1, Absatz 2 des Schulgesetzes beschrieben:

[...] die Studenten [sollen unterrichtet werden]

*in Verantwortung vor Gott, im Geiste der christlichen Nächstenliebe, Menschlichkeit und Liebe zum Frieden, Liebe für das Volk und die Heimat, **Respekt vor der Würde und Überzeugung anderer**, des Willens, Eigenverantwortung und soziale Bewährung zu erreichen sowie die Entwicklung ihrer Persönlichkeit und ihres Talents zu fördern, **für die Anerkennung der Wert- und Ordnungsvorstellungen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu erziehen**, die eine Diskussion über sie im Einzelnen nicht ausschließt, wobei die freiheitlich-demokratische Grundordnung, wie sie im Grundgesetz und in der Nationalverfassung verankert ist, nicht in Frage gestellt werden kann . [...]*

Ich möchte auch auf den Beutelsbacher Konsens (1976) verweisen, der den Status einer Bildungsmaxime und nicht eines Gesetzes hat, in dem von der Landeszentrale für politische Bildung, der Politikdidaktik und Vertretern von Politik und Konfessionen festgehalten wurde:

- 1 Das Verbot der Überwältigung / Indoktrinierungsverbot*
- 2. Was in Wissenschaft und Politik umstritten ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen (außer RE)*
- 3. Der Student muss in der Lage sein, eine politische Situation und seine eigenen Interessen zu analysieren*
- 4. Neutralitätspflicht (außer für RE)*

Auch hier wird auf die Notwendigkeit von Pluralismus und die Ablehnung der Vermittlung einheitlicher Perspektiven sowie die Notwendigkeit einer Vielfalt unterschiedlicher Perspektiven hingewiesen. Das Klassenzimmer und die Schule sollten der Ort sein, an dem die Dauerhaftigkeit einer solchen Vielfalt von Perspektiven geübt werden kann und muss.

Gerade weil es auch in Deutschland immer mehr Formen des ideologisch-religiösen Fundamentalismus gibt, die die Vielfalt der Perspektiven missachten oder gar ablehnen. Es sollte noch einmal deutlich gemacht werden, dass die Vielfalt der Perspektive nicht mit Wertneutralität gleichzusetzen ist. Diese Unterscheidung spiegelt sich auch in aktuellen Diskussionen über die Scharia oder das Tragen islamischer Kopftücher oder Burkas wider, die von den Medien stark begleitet wurden.

Demokratie bedeutet also auch Akzeptanz und Toleranz gegenüber unterschiedlichen Einstellungen, Handlungen und Lebensentscheidungen im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Aus all diesen Informationen ergibt sich eine wichtige Frage im Zusammenhang mit diesem Vortrag:

Wie können Schulen in Baden-Württemberg und ihr Bildungsauftrag diesen Veränderungsprozessen und den damit verbundenen Herausforderungen begegnen?

Trotz progressiver Säkularisierung, zunehmender Kritik an institutionalisierten Religionen und einem Rückgang religiösen Wissens und Vertrautheit in der Gesellschaft bleibt die Nachfrage nach Spiritualität oder spirituellen Erfahrungen hoch, so die SINUS-Jugendstudie 2016. Vor allem junge Menschen finden sich auf der Suche nach möglichen Antworten und einer damit verbundene Tiefendimension. Die Antworten sollten jedoch "cooler", "trendiger" und vor allem "leichter" sein, sowohl in den Antwortmustern als auch in ihrer Zugänglichkeit, und vor allem "weniger kritisch".

In diesem Zusammenhang stellt die bereits beschriebene starke Differenzierung der religiösen und ideologischen Landschaft eine der zentralen Herausforderungen dar, nicht nur für die Gesellschaft im Allgemeinen, sondern vor allem für die Schulen. Ziel ist es einerseits, ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen Weltanschauungen zu schaffen und andererseits die eigene Fähigkeit zum Selbstschutz und zur Entscheidungsfindung zu fördern, um ein Verständnis für die persönliche Verantwortung in Bezug auf die konflikträchtigen weltanschaulichen Angebote zu gewinnen.

Die Welt der Schülerinnen und Schüler hat sich verändert und damit ihre Einstellung zum Leben. Das digitale Zeitalter hat die Klasse erreicht und die Art und Weise, wie die Schüler und Schülerinnen darin kommunizieren. Die meisten von ihnen verbringen einen Großteil ihrer Freizeit online und begegnen dort oft Formen von Religion, um ihren Wunsch nach Identität zu stillen und nach möglichen Antworten zu suchen.

In diesem Zusammenhang können Schulen in mehreren Bereichen vorbeugende Maßnahmen ergreifen. Baden-Württembergs Perspektiven auf den aktuellen Diskurs lauten wie folgt:

Auf der einen Seite hat der Staat die Möglichkeit, Lehrer durch Lehrerbildung für solche Konflikte zu sensibilisieren. Im Land Baden-Württemberg bietet das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in einem dreitägigen Kurs regelmäßig Fortbildungen an, um Lehrkräfte auf aktuelle Entwicklungen vorzubereiten und sie darüber zu informieren.

Auf der anderen Seite geht es darum, den Jugendlichen Kompetenzen im Umgang mit religiösen Phänomenen zu vermitteln, was oft Aufgabe der Religions- oder des Ethikunterrichts ist.

Aber auch in anderen Fächern, wie Sozialkunde oder Geschichte, rückt die Medienkompetenz zunehmend in den Fokus, um dubiose Angebote und vor allem verschwörungstheoretische Inhalte und propagandistische Webseiten kritisch hinterfragen zu können.

Im Allgemeinen sollte es nicht nur um Prävention gehen, sondern auch um den

Toleranzunterricht, der mit dem Konzept der religiösen Kompetenz einhergeht. Dies ist wesentlich für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer friedlichen pluralistischen Gesellschaft. Hier spielt das Modell des konfessionellen Religionsunterrichts in Baden-Württemberg eine besondere Rolle, da es in der Lage ist, diese religiöse Kompetenz in besonderer Weise zu vermitteln und zu fördern. Die Schülerinnen und Schüler beschäftigen sich auf eigene Weise mit ihrer eigenen Religion oder ihrem religiösen Hintergrund sowie mit denen anderer und lernen sich in einer multikulturellen Gesellschaft gegenseitig zu akzeptieren. Ebenso nimmt der Lehrer selbst eine herausgehobene Position ein, in der er nicht der ausschließliche Vermittler von Religionskunde ist, sondern vielmehr die Religion selbst aus einer "Insiderperspektive" vermittelt. Die Gefahr anderer vorgeschlagener Modelle innerhalb des Diskurses um den Religionsunterricht besteht vor allem in der Rolle des Lehrers, der die verschiedensten religiösen Traditionen so von "außen" oder möglicherweise sogar von "oben" darstellt.

Daher kooperiert das Land Baden-Württemberg mit sieben Religionsgemeinschaften in einem bundesweit einzigartigen Modell, um diesen Kompetenzerwerb zu sichern.

Im Unterricht, sei es im konfessionellen Religionsunterricht oder im Ethikunterricht, ist es von grundlegender Bedeutung, den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, wie sie ihren Fragen, Bedürfnissen und Erwartungen begegnen können, ohne in gefährliche Situationen zu geraten. Es ist wichtig, dass Fragen nach Identität, Zugehörigkeit, Sinn und Zweck, Wahrheit, Werten und Verpflichtungen aufgeworfen werden. Es sollte eine kritische und intellektuelle Reflexion der eigenen religiösen Situiertheit und damit eine Auseinandersetzung mit den Differenzen zu anderen religiösen, radikalisierten oder extremistischen oder nicht-religiösen Gemeinschaften sein. Die geförderte Kompetenz ermöglichen es den Schülerinnen und Schülern, die Taktiken und Gefahren anderer konflikträchtiger religiöser und weltanschaulicher Angebote zu durchschauen. Der interreligiöse Dialog und das religiöse Verständnis selbst stellen wichtige Schritte auf dem Weg zur Förderung von Integration, Pluralismus und Toleranz sowie der Früherkennung religiöser Gefahren dar.

Die Schule als Ganzes mit all ihren Akteuren nimmt jedoch eine Schlüsselrolle im Bereich der nachhaltigen Präventionsarbeit ein.

Ihre Hauptaufgabe besteht darin, die Probleme der Schülerinnen und Schülern frühzeitig zu erkennen, kritisch zu bewerten und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Eine aktuelle Herausforderung für alle Beteiligten ist, dass es noch keine wissenschaftliche Grundlage und keine bewährte Methodik gibt, um eine institutionalisierte Strategie zu entwickeln. Viele Projekte und Maßnahmen, die bereits erste Erfolge aufweisen, laufen in einem experimentellen Stadium.

Bildungsmaßnahmen der **primären oder universellen Prävention** haben in der Regel keine spezifischen Zielgruppen. Alle sozialen Gruppen sind angesprochen. Ziel ist es, bereits bestehende erwünschte Haltungen zu stärken.

Ein Beispiel ist das Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage" in Baden-Württemberg. Dieses moderierte Schulnetzwerk, zu dem inzwischen über 1000 Schulen gehören, hat seit 2010 eine Reihe von Projekten gegen islamische Ambiguität durchgeführt. Dazu gehören auch mehrere Handbücher für Lehrer, die umfassend über Ideologien der

Ungleichheit informieren.

Sekundäre oder selektive Prävention umfasst Bildungsmaßnahmen für junge Menschen, deren Lebenssituation als "belastet" gilt oder die so genannte Risikofaktoren haben. Nicht alle mit ihnen assoziierten Schulen gehören jedoch zum Handlungsfeld. Diese Maßnahmen konzentrieren sich eher auf schulbasierte Standorte, die sich als "hot spots" oder Schulen erwiesen haben, in denen Manifestationen bestimmter problematischer Phänomene beobachtet wurden. Zu den Maßnahmen gehört die Fortbildung von Lehrern und Sozialarbeitern, um Informationen zu Radikalisierungserscheinungen und Handlungsoptionen zu liefern. Dazu gehören auch Fachberatungen und Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler, bei denen zum Beispiel Aussteiger authentisch über ihre Erfahrungen in radikalisierten Szenen berichten. Diese informativen Veranstaltungen können von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Schulleiterinnen und Schulleitern zu jeder Zeit des Jahres gebucht werden und sind kostenlos.

Schließlich sollte der Bereich der **tertiären oder indizierten Prävention** erwähnt werden. Maßnahmen in diesem Bereich richten sich an bestimmte Personen, die bereits Anzeichen manifestierter Probleme aufweisen. Es geht auch darum, junge Menschen aus extremistischen radikalisierten Bewegungen zu befreien. Im schulischen Kontext ist die tertiäre oder indizierte Prävention ein wichtiges Handlungsfeld, stellt aber hohe technische Anforderungen an die beteiligten Akteure. Zu den Maßnahmen gehören beispielsweise zertifizierte Ausbildungskurse für Lehrerinnen und Lehrern sowie Sozialarbeiter, die in mehreren Modulen detailliertes Wissen über den Radikalisierungsverlauf vermittelt bekommen.

Wenn wir angesichts der Radikalisierung über das öffentliche Bildungssystem sprechen, dann handelt es sich um ein komplexes Gebiet, in dem wir arbeiten, und unsere Aufgabe ist noch lange nicht abgeschlossen. Wir müssen weiter an unseren Maßnahmen arbeiten, um die aktuellen Veränderungen in unserer Gesellschaft zu verfolgen und einen nachhaltigen Beitrag für die Zukunft unserer Kinder damit unserer demokratischen Gesellschaft leisten zu können.

[Visueller Impuls]

Meinen Vortrag möchte ich mit einem Zitat beenden:

"Kein Überleben ohne globale Ethik. Keinen Weltfrieden ohne religiösen Frieden. Kein religiöser Frieden ohne religiösen Dialog." Mit diesen Worten aus dem Vorwort des bekannten Buches aus dem Jahr 2000 bringt es Hans Küng auf den Punkt, denn er verweist hier bereits auf den Weg, den wir beschreiten sollten, um Radikalisierung zu verhindern und Verständnis und Toleranz unter den Menschen zu fördern.

Es ist wichtig, dass wir unsere Schüler und Schülerinnen nicht auf diesem Weg alleine lassen, sondern sie mit all unserer Hilfe unterstützen und vorbereiten und ihnen beibringen, wie sie ihre Entscheidungs- und Religionsfreiheit verantwortungsvoll ausüben können.